



## **Geschäftsführung Rat**

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: Petra.Kramp@stadt-koeln.de

Datum: 02.03.2016

## **Niederschrift**

über die **18. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem **02.02.2016**, 15:43 Uhr bis 00:11 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### **Anwesend waren:**

#### **Vorsitzende**

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausning, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nessler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Gefen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

#### **Bezirksbürgermeister**

Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister

#### **Verwaltung**

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

## **Schriftführerin**

Frau Kramp

## **Stenografen**

Herr Klemann

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Ratsmitglieder**

Rottmann, Hendrik

## **Bezirksbürgermeister/Bezirksbürgermeisterin**

Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Thiele, Markus Bezirksbürgermeister

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Besonders begrüßt sie den neuen Kölner Polizeipräsidenten, Herrn Jürgen Mathies. Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass sie den Polizeipräsidenten zur heutigen aktuellen Stunde eingeladen habe, die sich mit dem Thema "zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Stadt" befasse.

- I. Die Oberbürgermeisterin begrüßt das neue Ratsmitglied Herrn Walter Wortmann. Herr Wortmann folgt Herrn Henseler nach, der sein Mandat am 31. Dezember niedergelegt hat.

Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Herrn Wortmann gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung.

- II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Noack, Herrn van Benthem und Frau Schwab vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

## **Zusetzungen**

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.7 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Generalverdacht gegen Migranten aus Russland?"  
AN/0202/2016
- 4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wie geht es weiter an der Drehscheibe für Flüchtlinge am Flughafen?"  
AN/0218/2016
- 4.10 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stand der Umsetzung des papierlosen Rates"  
AN/0219/2016
- 4.11 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheitssituation in der Silvesternacht"  
AN/0235/2016
- 6 Ortsrecht
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.3.1 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler"  
0230/2016
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.21 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval 2016  
0357/2016
- 17 Wahlen
- 17.12 Denkmalschutz und Denkmalpflege  
Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur  
0255/2016
- 17.13 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III  
0051/2016
- 17.14 Flughafen Köln/Bonn GmbH  
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes  
0288/2016

- 17.15 Antrag der AfD-Fraktion  
hier: Umbesetzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechts-  
fragen / Vergabe / Internationales  
AN/0226/2016
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1  
Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung  
0251/2016

### **Absetzungen**

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-  
vertretungen
- 4.8 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliches Rathaus oder Lit-  
faßsäule der Altparteien?"  
AN/0210/2016
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln  
3050/2015
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.4 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke  
Veedel-Starkes Köln"  
in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020  
2899/2015
- 10.5 Gewährung eines einmaligen Zuschusses an den Sozialistische Selbst-  
hilfe Mülheim (SSM) e.V.  
3521/2015
- 10.20 Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen zur Aufrechterhaltung  
der Handlungsfähigkeit Sanierung der Bühnen Köln  
0265/2016
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend  
den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal  
3260/2015
- 17 Wahlen

- 17.4 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
hier: Wahl in die Zweckverbandsversammlung Nahverkehr Rheinland GmbH - NVR  
AN/0061/2016
  - 24 Allgemeine Vorlagen
  - 24.3 Stärkung des Mietwohnungsbaus  
Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie  
3488/2015
  - 25 Wahlen
  - 25.1 Benennung eines Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung  
Bühnen der Stadt Köln und Abschluss eines Vertrages mit der Project  
Management Ludwig GmbH  
3826/2015
- IV. Ratsmitglied Wiener weist darauf hin, dass von pro Köln ein Änderungsantrag zu TOP 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufnahmestopp – Köln zieht die Notbremse", AN/0071/2016, vorgelegt worden sei. Aus diesem Grunde werde der Antrag betreffend "Belegung von Schulturnhallen mit Asylbewerbern umgehend beenden!", AN/0143/2016 (s. TOP 3.1.3) zurückgezogen.
- V. Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass zur heutigen Sitzung die folgenden Dringlichkeitsanträge vorlägen:
- 3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Stilllegung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel"  
AN/0229/2016

In diesem Fall stimmt der Rat der Dringlichkeit und damit der Behandlung in der heutigen Sitzung einstimmig zu.

- 3.1.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau"  
AN/0252/2016

Ratsmitglied Dr. Heinen begründet die Dringlichkeit der Angelegenheit. Die Ratsmitglieder Dr. Schlieben und Jahn widersprechen den Darstellungen ihres Vorredners (zu den Einzelheiten siehe Wortprotokoll der Sitzung). Im Anschluss lehnt der Rat die Behandlung in der heutigen Sitzung wegen der fehlenden Dringlichkeit mehrheitlich bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde ab.

VI. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass die Fraktion Die Linke. beantragt habe, TOP

24.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln - Abschluss einer Vergleichsvereinbarung  
0012/2016

im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Ratsmitglied Detjen begründet den Antrag, der von Ratsmitglied Wiener unterstützt wird. Ratsmitglied Börschel schlägt dagegen vor, die Beratung der Angelegenheit zu splitten und lediglich die vertraulichen Inhalte im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu behandeln. Ratsmitglied Kienitz erklärt, dass eine intensive Diskussion, in der zweckmäßigerweise alle Probleme erörtert werden sollten, rechtlich einwandfrei nicht in öffentlich und vertraulich getrennt werden könnten. Er spricht sich aus diesem Grunde für die Belassung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung aus.

Anschließend lehnt der Rat, den Antrag der Fraktion Die Linke., die Sache im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde ab.

VII. Ratsmitglied Detjen beantragt daraufhin, die Beratung von Punkt 24.4 - ggf. bis zu kommenden Ratssitzung - zurückzustellen. Ratsmitglied Wiener schließt sich dem Vertagungsantrag inhaltlich an. Ratsmitglied Frank widerspricht dem und erklärt, wenn die Beratung zurückgestellt würde, entfiere die Möglichkeit, mit den Fachleuten als auch mit den Verwaltungsvertretern die Sache zu diskutieren bzw. offene Fragen zu klären, aus diesem Grunde lehne seine Fraktion die Vertagung ab.

Anschließend lehnt der Rat den Vertagungsantrag mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., die AfD-Fraktion, die Gruppe pro Köln, die Gruppe Piraten, die Gruppe Deine Freunde sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) ab.

VIII. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 1.1 Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Zukünftige Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt"  
AN/0222/2016  
  
Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/0254/2016
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Modifizierung und Entschlackung des Kooperativen Baulandmodells"  
AN/0190/2016  
  
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/0224/2016
- 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufnahmestopp - "Köln zieht die Notbremse"  
AN/0071/2016  
  
Änderungsantrag der Gruppe pro Köln  
AN/0237/2016
- 3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Belegung von Schulturnhallen mit Asylbewerbern umgehend beenden!"  
AN/0143/2016
- 3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stärkung der Gebäudewirtschaft"  
AN/0188/2016  
  
Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.  
AN/0236/2016  
  
Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/0238/2016
- 3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Startup-City.Cologne - Bewerbung für digitale Startup-Hub"  
AN/0174/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion  
AN/0251/2016

- 3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Beleuchtete Laufstrecke im Stadtwald"  
AN/0183/2016
- 3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gebiet "Im Kreuzfeld" jetzt entwickeln!"  
AN/0184/2016
- 3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Stilllegung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel"  
AN/0229/2016
- 3.1.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau"  
AN/0252/2016
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
  - 4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Energiemanagement und Energie-Einsparkonzepte"  
AN/1698/2015  
  
Antwort der Verwaltung vom 02.02.2016  
0298/2016
  - 4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Birlikte-Festival: Fragen zur Finanzierung"  
AN/1816/2015  
  
Antwort der Verwaltung vom 18.01.2016  
0131/2016
  - 4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"  
AN/1886/2015
  - 4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Beeinträchtigen Gruppen und Einzelmandatsträger die Arbeitsfähigkeit der Kölner Kommunalpolitik?"  
AN/1926/2015



4.5 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Konzept für ein Fördermonitoring und -management"  
AN/1937/2015

Antwort der Verwaltung vom 29.01.2016  
0345/2016

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen"  
AN/1938/2015

Antwort der Verwaltung vom 18.01.2016  
0169/2016

4.7 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Generalverdacht gegen Migranten aus Russland?"  
AN/0202/2016

Antwort der Verwaltung vom 02.02.2016  
0338/2016

4.8 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliches Rathaus oder Litfaßsäule der Altparteien?"  
AN/0210/2016  
(zurückgezogen)

4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wie geht es weiter an der Drehscheibe für Flüchtlinge am Flughafen?"  
AN/0218/2016

4.10 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stand der Umsetzung des papierlosen Rates"  
AN/0219/2016

4.11 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheitssituation in der Silvesternacht"  
AN/0235/2016

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Ortsrecht
  - 6.1 Satzungen
    - 6.1.1 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln  
3050/2015  
(zurückgezogen)
  - 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
  - 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
    - 6.3.1 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler"  
0230/2016
  - 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen
  - 10.1 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2014 des Gürzenich-Orchesters Köln  
3695/2015
  - 10.2 Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen  
4118/2015

- 10.3 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
hier: Weißdornweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf Land, Flur 13, Flurstück 1224  
2260/2015
- 10.4 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel-Starkes Köln"  
in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020  
2899/2015  
(zurückgezogen)
- 10.5 Gewährung eines einmaligen Zuschusses an den Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) e.V.  
3521/2015  
(zurückgezogen)
- 10.6 Durchführung des Projektes BONVENA zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten Unionsbürgern/- innen im Rahmen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
3921/2015
- 10.7 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Sulamith Cheron, eingegangen bei der Wahlorganisation am 18.11.2015  
3632/2015
- 10.8 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Katja Hartwig, eingegangen bei der Wahlleiterin am 18.11.2015  
3891/2015
- 10.9 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Kaspar Stodden, eingegangen bei der Wahlorganisation am 30.11.2015  
3893/2015
- 10.10 Feststellung der Gültigkeit der Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin in Köln am 18.10.2015 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46b Kommunalwahlgesetz  
3894/2015
- 10.11 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln  
3776/2015
- 10.12 Änderung des § 61 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Bestellung der Schulleitung)  
hier: Auswirkungen auf die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln  
3744/2015

- 10.13 Errichtung eines Bildungsgangs Berufsfachschule 2-jährig Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Betriebswirtschaft am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)  
4079/2015
- 10.14 Errichtung von Bildungsgängen: Fachoberschule Klasse 11 und Fachoberschule Klasse 12 S, Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 07)  
4146/2015
- 10.15 Errichtung eines Bildungsgangs: Berufsfachschule Typ 1/2, Fachrichtung Gesundheit/Erziehung und Soziales, Berufsfeld Sozialwesen am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20)  
4148/2015
- 10.16 Barrierefreies Wohnen  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0787/2015
- 10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln  
hier: Wirtschaftsplan 2016  
4147/2015
- 10.18 Koelnmesse GmbH  
hier: Gründung einer Tochtergesellschaft in Italien  
0037/2016
- 10.19 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gesellschafterdarlehen  
0161/2016
- 10.20 Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit Sanierung der Bühnen Köln  
0265/2016  
(zurückgezogen)
- 10.21 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval 2016  
0357/2016
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 11.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal  
hier: Erweiterter Feststellungsbeschluss des Feststellungsbeschlusses vom 10.09.2015  
4054/2015

- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
  - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 714154/02 (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Erschließung Gewerbegebiet Westhoven in Köln-Porz-Westhoven  
3223/2015
  - 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal  
3260/2015  
(zurückgezogen)
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
  - 13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 537  
- Satzungsbeschluss -  
Arbeitstitel: Grevenbroicher Straße in Köln-Ehrenfeld  
3923/2015
- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
  - 15.1 Stadtentwicklungskonzept Logistik - Teil 1: Analyse, Trends, Handlungsempfehlungen  
hier: Beschluss der Leitlinien und Handlungsempfehlungen  
3348/2015  
  
Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde  
AN/0249/2016
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
  - 16.1 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
3174/2015
- 17 Wahlen

- 17.1 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln  
3379/2015
- 17.2 Benennung von Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW  
3820/2015
- 17.3 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
hier: Wahl eines Mitglieds in die Ausschüsse mit beratender Stimme  
AN/0060/2016
- 17.4 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
hier: Wahl in die Zweckverbandsversammlung Nahverkehr Rheinland GmbH - NVR  
AN/0061/2016  
(zurückgezogen)
- 17.5 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
hier: Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn  
AN/0062/2016
- 17.6 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates  
3874/2015
- 17.7 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss  
3909/2015
- 17.8 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat  
0014/2016
- 17.9 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Entsendung eines Mitglieds in die Versammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)"  
AN/0059/2016
- 17.10 RehaNova Köln neurologische Rehabilitationskliniken gGmbH: Besetzung des Aufsichtsrats  
0111/2016
- 17.11 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB):  
Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds  
0177/2016
- 17.12 Denkmalschutz und Denkmalpflege  
Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur  
0255/2016

- 17.13 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III  
0051/2016
- 17.14 Flughafen Köln/Bonn GmbH  
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes  
0288/2016
- 17.15 Antrag der AfD-Fraktion  
hier: Umbesetzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales  
AN/0226/2016
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B  
0004/2016
- 18.2 Stellungnahme der Stadt Köln zum zweiten Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) vom 22.09.2015  
0035/2016
- 18.3 RheinEnergie AG  
hier: Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates  
0104/2016
- 18.4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung  
0251/2016
- 19 -

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Abschluss eines langjährigen Mietvertrages  
3388/2014
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Mietvertragsverlängerung für die Kindertageseinrichtung Trenkebergstraße  
33, Köln-Meschenich  
3367/2015
- 24.2 KölnMusik GmbH - Wirtschaftsplan 2016 und Betriebskostenzuschuss 2018  
4072/2015
- 24.3 Stärkung des Mietwohnungsbaus  
3488/2015  
(zurückgezogen)
- 24.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln - Abschluss  
einer Vergleichsvereinbarung  
0012/2016  
  
Änderungsantrag Fraktion Die Linke, Gruppe Piraten, Gruppe Deine Freunde  
und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
AN/0234/2016
- 24.5 Änderung der Satzung der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und des  
Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)  
0096/2016
- 25 Wahlen
- 25.1 Benennung eines Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Büh-  
nen der Stadt Köln und Abschluss eines Vertrages mit der Project Manage-  
ment Ludwig GmbH  
3826/2015  
(zurückgezogen)
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3  
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen



## I. Öffentlicher Teil

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 **Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Zukünftige Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt" AN/0222/2016**  
  
**Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion AN/0254/2016**

### Beschlüsse:

#### I. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion:

Der Rat beschließt, die aktuelle Stunde gem. § 5 (10) b) GeschO des Rates mit dem nachfolgenden Beschluss zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt das von der Verwaltung erarbeitete Sicherheitskonzept mit dem entsprechenden Maßnahmenpaket für die Sicherheit in Köln sowie die angekündigte enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Stadt zum Wohle aller Kölnerinnen und Kölner.

Der Rat unterstützt die Verwaltung bei Ihren Bemühungen mehr Verantwortung für die Sicherheit in Köln zu übernehmen. Aus diesem Grund wird die Verwaltung aufgefordert, unverzüglich den Ordnungsdienst im Rahmen des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ durch eine zeitlich vorgezogene Besetzung weiterer 60 Stellen zu verstärken.

#### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln **abgelehnt**.

#### II. Beschluss über den in der Sitzung vorgelegten Antrag von Ratsmitglied Jahn:

Der Rat beschließt, die aktuelle Stunde gem. § 5 (10) b) GeschO des Rates mit den nachfolgenden Anmerkungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen:

Wir begrüßen die Anregungen und Vorschläge der Oberbürgermeisterin Reker und des Polizeipräsidenten Mathies, die sie in der heutigen aktuellen Stunde dargelegt haben. Wir bitten die Oberbürgermeisterin, die notwendigen Maßnahmen zur Verbes-

serung der öffentlichen Sicherheit in Köln - auch in Kooperation mit den Polizeibehörden - weiterzuentwickeln und den Ratsgremien diese Vorschläge zu unterbreiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion, die Gruppe Piraten, die Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

---

### **Anmerkung:**

Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

## **3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Modifizierung und Entschlackung des Kooperativen Baulandmodells" AN/0190/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/0224/2016**

### **Beschlüsse:**

#### **I. Beschluss über den Verweisungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:**

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion beschließt der Rat, den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der da lautet:

**Absatz 1, Satz eins:** vor 30% wird „mindestens“ eingefügt

**Als zusätzlicher Punkt 1a wird eingefügt:**

Das bisherige Verfahren, bei welchem der Planbegünstigte sich bereit erklären muss, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Ziel der Errichtung geförderter Wohnungen abzuschließen und die Folgekosten sozialer wie technischer Infrastruktur sowie weitere Kosten, die durch das Vorhaben ausgelöst werden, vollständig oder anteilig zu übernehmen, bleibt hiervon unberührt.

**Als zusätzlicher Punkt 2a wird eingefügt:**

Die Überprüfung und der Nachweis der Angemessenheit muss künftig transparent gestaltet werden. Den Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen in den demokratisch gewählten Gremien müssen die Berechnungen vor einer Entscheidung der Verwaltung über die Anwendbarkeit des kooperativen Baulandmodells auf den vorliegenden Einzelfall vorgelegt werden.

**Als zusätzlicher Punkt 2b wird eingefügt:**

Die Stadt Köln wird entsprechend dem Beschluss des Rates im Dezember 2015 ihren generellen Verzicht auf Ausübung des Vorkaufrechtes zurückziehen. Daher wird die Stadt künftig in allen Fällen, in denen das kooperative Baulandmodell Anwendung findet, die Ausübung des Vorkaufrechtes prüfen. Sollte die Stadt von ihrem Vorkaufrecht Gebrauch machen oder das Vorkaufrecht zugunsten eines Dritten ausüben, stellt sie hierdurch sicher, dass tatsächlich mind. 30 % geförderter Wohnraum auf dem in Rede stehenden Gelände entsteht.

Mindestens aber verschafft sich die Stadt Kenntnis über die tatsächlich vereinbarten Kaufpreise und hat damit eine bessere Grundlage, das Grundstücksgeschäft und die Aspekte der Kostentragung durch den Planungsbegünstigten qualifiziert und umfassend zu bewerten.

zur weiteren Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

**II. Beschlüsse über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

**II.I. Beschluss zu Ziffer 1 des Antrages:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Kooperative Baulandmodell gemäß nachstehenden Maßnahmen zu modifizieren und den zuständigen Ausschüssen sowie dem Rat als Beschlussvorlage vorzulegen:

- 1) Bei allen neu durchzuführenden Planverfahren wird ein Anteil von 30 % der vorgesehenen Wohnflächen für öffentlich gefördertes Wohnen festgesetzt. Dies gilt für Planverfahren, die Planungsrecht für Wohnbau- oder Mischbauflächen schaffen, zugunsten von Wohnbauflächen ändern oder die Ausnutzung von bestehendem Planrecht erhöhen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

#### **II.II Beschluss zu Ziffer 2 des Antrages:**

- 2) Die Bestimmungen, dass sich der Planungsbegünstigte bereit erklären muss, die ursächlichen Folgekosten sozialer, grün- wie technischer Infrastruktur sowie weitere Kosten, die durch das Vorhaben ausgelöst werden, vollständig oder anteilig zu übernehmen, bleiben erhalten. Die Kostenansätze werden überprüft.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

#### **II.III. Beschluss zu Ziffer 3 des Antrages:**

- 3) Grundsätzlich entfällt die „Bagatellgrenze“ von 25 Wohneinheiten. In Ausnahmefällen kann die Verwaltung abweichende Regelungen vorschlagen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

#### **II.IV. Beschluss zu Ziffer 4 des Antrages:**

- 4) Es soll dargelegt werden, wie ein zusätzlicher Anteil von 20 % für preisgedämpften Wohnungsbau (in einem Mietpreissegment zwischen der Bewilligungsmiete

nach Einkommensgruppe B, z.Zt. 7,15 € und 10,00 €) planungsrechtlich oder durch städtebauliche Verträge gesichert werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

### **III. Gesamtabstimmung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Kooperative Baulandmodell gemäß nachstehenden Maßnahmen zu modifizieren und den zuständigen Ausschüssen sowie dem Rat als Beschlussvorlage vorzulegen:

1. Bei allen neu durchzuführenden Planverfahren wird ein Anteil von 30 % der vorgesehenen Wohnflächen für öffentlich gefördertes Wohnen festgesetzt. Dies gilt für Planverfahren, die Planungsrecht für Wohnbau- oder Mischbauflächen schaffen, zugunsten von Wohnbauflächen ändern oder die Ausnutzung von bestehendem Planrecht erhöhen.
2. Die Bestimmungen, dass sich der Planungsbegünstigte bereit erklären muss, die ursächlichen Folgekosten sozialer, grün- wie technischer Infrastruktur sowie weitere Kosten, die durch das Vorhaben ausgelöst werden, vollständig oder anteilig zu übernehmen, bleiben erhalten. Die Kostenansätze werden überprüft.
3. Grundsätzlich entfällt die „Bagatellgrenze“ von 25 Wohneinheiten. In Ausnahmefällen kann die Verwaltung abweichende Regelungen vorschlagen.
4. Es soll dargelegt werden, wie ein zusätzlicher Anteil von 20 % für preisgedämpften Wohnungsbau (in einem Mietpreissegment zwischen der Bewilligungsmiete nach Einkommensgruppe B, z.Zt. 7,15 € und 10,00 €) planungsrechtlich oder durch städtebauliche Verträge gesichert werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

### **Anmerkungen:**

- Ratsmitglied Weisenstein beantragt Einzelabstimmung
- Ratsmitglied Michel nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

**3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufnahmestopp - "Köln zieht die Notbremse"  
AN/0071/2016**

**Änderungsantrag der Gruppe pro Köln  
AN/0237/2016**

**Beschlüsse:**

**I. Beschluss über den Änderungsantrag der Gruppe pro Köln:**

Der Original-Beschlusstext wird um folgenden Passus ergänzt:

„Ferner wird die Stadt Köln alle derzeit in Kölner Turnhallen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge zeitnah umquartieren. Hierfür sind bei Bedarf andere städtische Liegenschaften, wie z.B. die Messehallen, zu nutzen. Neue Turnhallenbelegungen mit Asylbewerbern oder Flüchtlingen wird es in Köln nicht mehr geben.“

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln **abgelehnt**.

**II. Beschluss über den Antrag der AfD-Fraktion:**

Die Stadt Köln fordert die für die Verteilung der Asylbewerber in die Kommunen und Städte Nordrhein-Westfalens zuständige zentrale Steuerung der Bezirksregierung Arnsberg dazu auf, der Stadt Köln ab dem Stichtag 10. Februar 2016 keine weiteren Asylbewerber mehr zuzuweisen.

Die Stadt Köln wird ab diesem Stichtag keine weiteren von der Bezirksregierung Arnsberg zugewiesenen Asylbewerber mehr aufnehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln **abgelehnt**.

**3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Belegung von Schulturnhallen mit Asylbewerbern umgehend beenden!"  
AN/0143/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Gruppe – vor Eintritt in die Tagesordnung – zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

**3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stärkung der Gebäudewirtschaft"**

**AN/0188/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.**

**AN/0236/2016**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion**

**AN/0238/2016**

**Beschlüsse:**

**I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:**

1. Der Rat hält an seinem Auftrag zur Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft vom 08.04.2014 fest und beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage einer Sachstandsdarstellung und Bewertung der bisherigen Umsetzung einen Zeit-Maßnahme-Plan vorzulegen, wie die Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft weiter vorangebracht werden soll. Die Vorschläge, die die Gebäudewirtschaft hierzu gemacht hat, sollen in die Bewertung einfließen.
2. Im technischen Bereich ist es auf Grund der Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung und -erhaltung zwingend notwendig, Entwicklungsmöglichkeiten auch über die Laufbahngrenzen hinaus aufzuzeigen. Entsprechende Qualifizierungskonzepte müssen kurzfristig auf den Weg gebracht werden. Alle verfahrenstechnischen Vereinfachungen, die eine Beschleunigung bei der Auswahl und Einstellung des Personals bewirken, sind umzusetzen.  
Hierzu kann noch im ersten Halbjahr 2016 ein Hearing mit Beteiligten aus Verwaltung, Politik und des Personalrates durchgeführt werden, um Lösungswege aufzuzeigen, wie die Stadt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für technische Berufe in ausreichender Zahl anstellen kann.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle organisatorischen Möglichkeiten zu nutzen, die Vergabeverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
4. An der Trennung zwischen der formellen Durchführung des Vergabeverfahrens und der Auftragsvergabe durch die Gebäudewirtschaft bzw. durch die zuständigen Fachämter ist aus korruptionspräventiven Gründen festzuhalten.

Bereits am 17.12.1998 hat der Rat einen 10-Punkte-Plan zur Bekämpfung und Vermeidung von Korruption beschlossen. Daraufhin hat man sich „bei der Errichtung des Zentralen Vergabeamtes von dem Gedanken leiten lassen, die zum Teil über Jahre gewachsenen Verbindungen zwischen Auftrag vergebenden Dienststel-

len einerseits und privaten Auftragnehmern wie Baufirmen, Lieferanten und Dienstleistern andererseits zu kappen, indem das Vergabeverfahren einer eigenständigen Organisation, eben dem Zentralen Vergabeamt, übertragen wurde.“.

Der Rat bekräftigt, dass diese Einteilung für die Vergabe von Aufträgen durch die Verwaltung weiterhin zwingend ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe Deine Freunde **abgelehnt**.

## **II. Beschlüsse über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:**

### **II.1 Beschluss über die Ergänzung von Punkt e:**

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Punkt e wird wie folgt am Ende des letzten Satzes ergänzt:

..., soweit bei der Neuplanung der Passivhausstandard wirtschaftlicher ist und den Erfordernissen der Nutzung der Gebäude entspricht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

### **II.2 Beschluss über die Einfügung eines neuen Punkt f:**

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Es wird ein neuer Punkt f hinzugefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2016 untersuchen zu lassen, in-wieweit eine Überführung der Gebäudewirtschaft in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) bzw. eine Eingliederung in den Stadtwerkekonzern die operative Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft stärkt und eine effizientere und wirtschaftlichere Aufgabenerledigung ermöglicht.“

### **Abstimmungsergebnis:**



Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

### **II.3 Gesamtabstimmung über den FDP-Änderungsantrag:**

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Punkt e wird wie folgt am Ende des letzten Satzes ergänzt:

„..., soweit bei der Neuplanung der Passivhausstandard wirtschaftlicher ist und den Erfordernissen der Nutzung der Gebäude entspricht.

Es wird ein neuer Punkt f hinzugefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2016 untersuchen zu lassen, in-wieweit eine Überführung der Gebäudewirtschaft in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) bzw. eine Eingliederung in den Stadtwerkekonzern die operative Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft stärkt und eine effizientere und wirtschaftlichere Aufgabenerledigung ermöglicht.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

### **III. Beschlüsse über den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

#### **III.1 Beschluss über Buchstabe a.:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- a. Die eigenständige Personalhoheit, d.h. die Aufstellung und Veränderung des Stellenplans, die Bewirtschaftung des Personalbudgets und die Auswahl und Einstellung des Personals, sowie die Organisationshoheit, d.h. Entscheidung über Organisationsfragen der Gebäudewirtschaft, werden komplett auf den Eigenbetrieb übertragen.

#### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten **zugestimmt**.

### **III.2 Beschluss über Buchstabe b.:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- b. Das Vergabeverfahren für Beschaffungen der Gebäudewirtschaft (VOB, VOL, VOF) wird auf Basis der städtischen Vergaberichtlinien und Richtlinien zur Korruptionsprävention zukünftig vom Eigenbetrieb mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung wahrgenommen. Das dafür notwendige Fachpersonal wird zum Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft umgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

### **III.3 Beschluss über Buchstabe c.:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- c. Zur Schaffung einer hinreichenden Planungssicherheit werden Investitionsbudgets aufgestellt, deren Volumina von der jährlichen Festlegung durch die Haushaltssatzung abhängig sind. Sie sind im Wirtschaftsplan in Abstimmung mit dem städtischen Haushaltsplan der Gebäudewirtschaft abzubilden.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

### **III.4 Beschluss über Buchstabe d.:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- d. Das mehrstufige Controlling der Bau-Investitionen soll so optimiert werden, dass der Verwaltung und den Ratsgremien ein zeitnahes Monitoring und eine Steuerung ermöglicht wird und auch die Betrachtung der Einzelinvestitionen gewährleistet ist, um Kostensteigerungen frühzeitig zu erkennen und gegensteuern zu können. Es soll geprüft werden, ob die Einführung einer Balanced Scorecard oder eines vergleichbaren Instruments die Transparenz erhöhen kann.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten **zugestimmt**.

### **III.5 Beschluss über Buchstabe e.:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- e. Die Festlegung einheitlicher Bau- und Fachstandards wird vorbereitet und den zuständigen Ratsgremien zeitnah vorgelegt. Neuplanungen städtischer Gebäude erfolgen auf Basis der geltenden städtischen Energieleitlinien in Passivhausweise.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

### **III.6 Gesamtabstimmung:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Optimierung der Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung NRW umzusetzen und den zuständigen Ratsgremien zeitnah die notwendigen Änderungen

der Betriebssatzung, Zuständigkeitsordnung und ggf. weiterer Regelwerke zur Beschlussfassung vorzulegen.

- a Die eigenständige Personalhoheit, d.h. die Aufstellung und Veränderung des Stellenplans, die Bewirtschaftung des Personalbudgets und die Auswahl und Einstellung des Personals, sowie die Organisationshoheit, d.h. Entscheidung über Organisationsfragen der Gebäudewirtschaft, werden komplett auf den Eigenbetrieb übertragen.
- b Das Vergabeverfahren für Beschaffungen der Gebäudewirtschaft (VOB, VOL, VOF) wird auf Basis der städtischen Vergaberichtlinien und Richtlinien zur Korruptionsprävention zukünftig vom Eigenbetrieb mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung wahrgenommen. Das dafür notwendige Fachpersonal wird zum Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft umgesetzt.
- c Zur Schaffung einer hinreichenden Planungssicherheit werden Investitionsbudgets aufgestellt, deren Volumina von der jährlichen Festlegung durch die Haushaltssatzung abhängig sind. Sie sind im Wirtschaftsplan in Abstimmung mit dem städtischen Haushaltsplans der Gebäudewirtschaft abzubilden.
- d Das mehrstufige Controlling der Bau-Investitionen soll so optimiert werden, dass der Verwaltung und den Ratsgremien ein zeitnahes Monitoring und eine Steuerung ermöglicht wird und auch die Betrachtung der Einzelinvestitionen gewährleistet ist, um Kostensteigerungen frühzeitig zu erkennen und gegensteuern zu können. Es soll geprüft werden, ob die Einführung einer Balanced Scorecard oder eines vergleichbaren Instruments die Transparenz erhöhen kann.
- e Die Festlegung einheitlicher Bau- und Fachstandards wird vorbereitet und den zuständigen Ratsgremien zeitnah vorgelegt. Neuplanungen städtischer Gebäude erfolgen auf Basis der geltenden städtischen Energieleitlinien in Passivhausweise.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

---

### **Anmerkungen:**

- Ratsmitglied Zimmermann beantragt Einzelabstimmung über den Hauptantrag.
- Ratsmitglied Börschel beantragt zudem Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.
- Ratsmitglied Beckamp verlässt nach der Behandlung dieses Punktes die Sitzung endgültig.

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Startup-City.Cologne - Bewerbung für digitale Startup-Hub"  
AN/0174/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion  
AN/0251/2016**

**Beschlüsse:**

**I. Beschlüsse über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:**

**I.1 Beschluss über die Ergänzung von Ziffer 1:**

Ziffer 1 des Antrags wird wie folgt ergänzt:

Vor einer definitiven Bewerbung sind die konkreten Zielsetzungen und Inhalte für Köln einschließlich des Finanzierungsrahmens auf Basis der vom zuständigen Ministerium noch zu veröffentlichen Ausschreibungsmodalitäten darzustellen. Dies beinhaltet auch die fachlichen und finanziellen Beiträge der zu gewinnenden Partner, darunter die IHK-Initiative „Digital Cologne“, und die Kofinanzierung durch den städtischen Haushalt für den angestrebten Projektzeitraum. Dabei ist im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung die Priorisierung für die Förderung der Startup-Szene zu prüfen und darzustellen, um Mehrbelastungen im städtischen Haushalt zu vermeiden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

**I.2 Beschluss über die Ergänzung um eine neue Ziffer 3:**

Der Antrag ist um folgende Ziffer 3 zu ergänzen:

Der Wirtschaftsausschuss ist fortlaufend zu unterrichten sowie die Bewerbung dem Wirtschaftsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**I.3 Gesamtabstimmung:**

Ziffer 1 des Antrags wird wie folgt ergänzt:

Vor einer definitiven Bewerbung sind die konkreten Zielsetzungen und Inhalte für Köln einschließlich des Finanzierungsrahmens auf Basis der vom zuständigen Ministerium noch zu veröffentlichen Ausschreibungsmodalitäten darzustellen. Dies beinhaltet auch die fachlichen und finanziellen Beiträge der zu gewinnenden Partner, darunter die IHK-Initiative „Digital Cologne“, und die Kofinanzierung durch den städtischen Haushalt für den angestrebten Projektzeitraum. Dabei ist im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung die Priorisierung für die Förderung der Startup-Szene zu prüfen und darzustellen, um Mehrbelastungen im städtischen Haushalt zu vermeiden.

Der Antrag ist um folgende Ziffer 3 zu ergänzen:

Der Wirtschaftsausschuss ist fortlaufend zu unterrichten sowie die Bewerbung dem Wirtschaftsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **II. Beschluss über den so geänderten Antrag der SPD-Fraktion:**

### **Präambel:**

Im Sommer 2015 hat der Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW sein Maßnahmenpaket für die Entwicklung der digitalen Wirtschaft NRW vorgestellt. Mit insgesamt sechs Maßnahmen will die Landesregierung den digitalen Wandel in der Wirtschaft von NRW unterstützen und dafür mit der NRW.BANK bis 2020 rund 42 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

In diesem Rahmen wird das Land bis zu fünf regionale digitale Hubs für Startups (DWNRW-Startup-Hub) ausschreiben und fördern. Im ersten Quartal 2016 soll dazu ein landesweites Wettbewerbsverfahren starten.

Darüber hinaus sollen unter anderem Unterstützungsmaßnahmen für Netzwerke der digitalen Wirtschaft (DWNRW Networks), ein jährlicher Kongress als Tag der digitalen Wirtschaft NRW (DWNRW-Summit) und DWNRW-Fonds2Fonds-Programm als Co-Finanzierung für neue und bestehende Venture Capital-Gesellschaften folgen.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit den regionalen Partnern der digitalen Wirtschaft – vor allem Digital Cologne – eine gemeinsame Bewerbung für einen DWNRW-Startup-Hub in Köln im Rahmen der digitalen Strategie des Landes NRW zu erarbeiten und die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung zu schaffen.

Vor einer definitiven Bewerbung sind die konkreten Zielsetzungen und Inhalte für Köln einschließlich des Finanzierungsrahmens auf Basis der vom zuständigen Ministerium noch zu veröffentlichen Ausschreibungsmodalitäten darzustellen. Dies beinhaltet auch die fachlichen und finanziellen Beiträge der zu gewinnenden Partner, darunter die IHK-Initiative „Digital Cologne“, und die Kofinanzierung durch den städtischen Haushalt für den angestrebten Projektzeitraum. Dabei ist im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung die Priorisierung für die Förderung der Startup-Szene zu prüfen und darzustellen, um Mehrbelastungen im städtischen Haushalt zu vermeiden.

2. Darüber hinaus soll die Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit den digitalen Akteuren die Rahmenbedingungen für eine Bewerbung um weitere Programmteile aus dem Förderprogramm prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.
3. Der Wirtschaftsausschuss ist fortlaufend zu unterrichten sowie die Bewerbung dem Wirtschaftsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

---

#### **Anmerkung:**

Ratsmitglied van Geffen beantragt, über die Ziffern des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

#### **3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Beleuchtete Laufstrecke im Stadtwald" AN/0183/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung der beleuchteten Laufstrecke im Stadtwald in der vom Sportstadt Köln e.V. ursprünglich vorgeschlagenen Variante.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

**3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gebiet "Im Kreuzfeld" jetzt entwickeln!"**  
**AN/0184/2016**

**Beschluss:**

Gemäß Anträgen der Ratsmitglieder Gordes und Pakulat beschließt der Rat, den Antrag zur weiteren Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Haug (AfD-Fraktion), Wiener (Gruppe pro Köln) und Wortmann (Frei Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

**Anmerkungen:**

- In dieser Angelegenheit hatte es eine weitere Abstimmung gegeben, wegen Unklarheit über die Beschlusslage wurde die Abstimmung wiederholt (zu den Einzelheiten siehe Wortprotokoll der Sitzung).
- Oberbürgermeisterin Reker gibt folgende Hinweise zum Abstimmungsergebnis:
  - Ratsmitglied Herr Rottmann fehlt entschuldigt,
  - die Ratsmitglieder Frau Wolter und Herr Beckamp haben die Sitzung bereits verlassen, somit ist von 87 Stimmberechtigten auszugehen, dabei haben sich 44 Mitglieder für eine Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss ausgesprochen.

**3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Stilllegung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel"**  
**AN/0229/2016**

**Beschluss:**

Ende 2015 hat die belgische föderale Nuklearaufsichtsbehörde Agence Fédérale de Contrôle Nucléaire (AFCN) dem Betreiber Electrabel das Hochfahren der in der Nähe von Antwerpen bzw. Lüttich stehenden AKW-Blöcke Doel 3 und Tihange 2 genehmigt.

Beide Anlagen waren wegen Risse in den Reaktorbehältern im Frühjahr 2014 abgeschaltet worden und sollten eigentlich nach 40 Jahren Laufzeit bereits 2015 vom Netz gehen.

Zwischenzeitlich wurde die Laufzeit der Anlagen, wegen einer angeblich fehlenden Versorgungssicherheit, um zehn Jahre bis 2025 verlängert.



Nunmehr vertritt die AFCN die Auffassung, die Risse seien keine Gefahr für die Sicherheit der Reaktoren und hat das Wiederauffahren genehmigt. Selbst Atomkraftbefürworter halten dies für unverantwortlich.

Die Argumentation der AFNC überzeugt angesichts der langen Serien von Sicherheitspannen, Notabschaltungen und anderen Störfällen in den beiden belgischen Atomkraftwerken nicht.

Die Stadt Köln fordert daher die belgische Regierung auf, diese Atomkraftwerke sofort und endgültig stillzulegen.

Die Stadt Köln teilt die berechtigten Sorgen vieler Menschen in Belgien, in den Niederlanden und in Deutschland vor einer atomaren Katastrophe.

Die Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber der belgischen Regierung nachdrücklich für eine Stilllegung Atomkraftwerke Doel 3 und Tihange 2 einzusetzen, wie dies bereits durch die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geschieht.

Insbesondere erwarten Rat und Verwaltung der Stadt Köln von Bundes- und Landesregierung, das zum Schutz der in der Einflusszone der Kraftwerke lebenden Menschen, ein bilaterales Abkommen mit Belgien für einen möglichen nuklearen Ernstfall vereinbart wird. Ebenso soll ein übernationales, grenzüberschreitendes Katastrophenschutzkonzept erarbeitet werden.

Unabhängig davon unterstützt die Stadt Köln ausdrücklich die juristischen Bemühungen der Städteregion Aachen zur Erwirkung einer besonderen Informations- und Auskunftspflicht gegenüber dem Betreiber der Anlagen und dem belgischen Staat.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

### **3.1.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau" AN/0252/2016**

Diese Angelegenheit wurde wegen der fehlenden Dringlichkeit nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen (siehe Ziffer V – Seite 5 und 6 – vor Eintritt in die Tagesordnung).

**3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Energiemanagement und Energie-Einsparkonzepte"  
AN/1698/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 02.02.2016  
0298/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Birlikte-Festival: Fragen zur Finanzierung"  
AN/1816/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 18.01.2016  
0131/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"  
AN/1886/2015**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur folgenden Sitzung des Rates – am 15.03.2016 – zu.

**4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Beeinträchtigen Gruppen und Einzelmandatsträger die Arbeitsfähigkeit der Kölner Kommunalpolitik?"  
AN/1926/2015**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur folgenden Sitzung des Rates – am 15.03.2016 – zu.

**4.5 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Konzept für ein Fördermonitoring und -management"  
AN/1937/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 29.01.2016  
0345/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen"  
AN/1938/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 18.01.2016  
0169/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.7 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Generalverdacht gegen Migranten aus Russland?"  
AN/0202/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 02.02.2016  
0338/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.8 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliches Rathaus oder Litfaßsäule der Altparteien?"  
AN/0210/2016**

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

**4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wie geht es weiter an der Drehscheibe für Flüchtlinge am Flughafen?"  
AN/0218/2016**

Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Anfrage mündlich. Zur unbeantworteten Teilfrage wird die Verwaltung die Antwort zur kommenden Ratssitzung nachreichen.

**4.10 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stand der Umsetzung des papierlosen Rates"  
AN/0219/2016**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur folgenden Sitzung des Rates – am 15.03.2016 – zu.

**4.11 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheitssituation in der Silvesternacht"  
AN/0235/2016**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur folgenden Sitzung des Rates – am 15.03.2016 – zu.

**5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

**5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

**6.1.1 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln  
3050/2015**

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III – Seite 4).

## **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

## **6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen**

### **6.3.1 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler" 0230/2016**

**Beschluss gemäß neuem Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 25.01.2016:**

Der Rat bestätigt aus gegebenem Anlass (aktuelle Erfahrungen vom 11.11.2015 und Ausschreitungen in der Silvesternacht 2015/16), die von der Verwaltung neufestgesetzten Beträge zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Kölner Stadtordnung (hier: „Wildpinkeln“). Die Beträge sollen bereits an den Karnevalstagen im Februar 2016 erhoben werden.

Die neue Staffelung ergibt sich aus der nachfolgenden Auflistung:

- Einfache Verstöße 60,00 Euro  
(z. B. an Bäume/auf Grünflächen)
- Einfache Verstöße an den Karnevalstagen 85,00 Euro
- Verstöße an besonderen Orten 90,00 Euro  
(z. B. in Kellern/an Hauswänden)
- Verstöße auf Spielplätzen 115,00 Euro
- Verstöße an Kirchen, anderen religiösen und historischen Gebäuden 120,00 Euro
- Verstöße am Dom 150,00 Euro

Durch diese Erhöhung der Beträge werden die Verstöße generell in den Bereich einer nicht mehr geringfügigen Ordnungswidrigkeit angesiedelt, mit der Folge, dass entsprechende Zuwiderhandlungen grundsätzlich im Rahmen eines Bußgeldverfahrens geahndet werden.

Diese Verfahrensweise soll auch eine langwierige Bindung des Ordnungspersonals hinsichtlich einer zeitintensiven Überzeugungsarbeit, ein Verwarnungsgeld direkt zu bezahlen, vermeiden. Hieraus ergeben sich dann Ressourcen, die wirkungsvoll bei anderen Eingriffsmöglichkeiten genutzt werden können.

Das neue Verfahren soll nach einem halben Jahr ausgewertet werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **6.4 Sonstige städtische Regelungen**

**7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen**

**8 Überplanmäßige Aufwendungen**

**9 Außerplanmäßige Aufwendungen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

#### **10 Allgemeine Vorlagen**

**10.1 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2014 des Gürzenich-Orchesters Köln  
3695/2015**

### **Beschluss:**

1. Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 11.9.2015 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH versehene Jahresabschluss zum 31.8.2014 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2013 bis 31.8.2014 festgestellt.
2. Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2013 bis zum 31.8.2014 in Höhe von EUR 45.694,28, der sich aus dem Jahresfehlbetrag 2013/2014 in Höhe von EUR 136.072,92 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 173.814,20 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 7.953,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen  
4118/2015**

**Beschluss:**

Der Rat folgt der Bitte des Integrationsrates und beschließt den Teilnehmerkreis am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen um ein Mitglied aus dem Integrationsrat zu erweitern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
hier: Weißdornweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf Land, Flur 13, Flurstück 1224  
2260/2015**

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise erbauten Objektes Weißdornweg, 50997 Köln-Rondorf, in Höhe von insgesamt 469.880,97 € zur Kenntnis.

Die Stadt Köln ist zur Aufnahme von Flüchtlingen gesetzlich verpflichtet, die Schaffung neuer Unterbringungsressourcen ist unaufschiebbar zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich, daher dürfen Mittel für diese Maßnahme gem. § 82 Abs. 1 GO NRW bereitgestellt werden.

Die Finanzierung des investiven Mehrbedarfs im Hj. 2015 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzelle 09, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-2-5129 wird durch Wenigerauszahlungen in entsprechender Höhe im gleichen Teilfinanzplan, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5149, Sanierung Bonner Str. (Bonotel) gedeckt.

Zur Finanzierung der konsumtiven Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Abschreibung im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 68.633,07 € stehen innerhalb der Veranschlagung des Teilergebnisplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen Mittel zur Verfügung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

#### **10.4 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel-Starkes Köln" in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 2899/2015**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

#### **10.5 Gewährung eines einmaligen Zuschusses an den Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) e.V. 3521/2015**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

#### **10.6 Durchführung des Projektes BONVENA zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten Unionsbürgern/- innen im Rahmen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) 3921/2015**

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die Projektträgerschaft der Stadt Köln für das Kölner Projekt BONVENA zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten Unionsbürgern/- innen im Rahmen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus EU-Mitteln (EHAP) sowie aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Die Laufzeit des Projektes beginnt zum 01.01.2016 und endet zum 31.12.2018.



Der förmliche Projektantrag sowie der Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn sind beim Bundesverwaltungsamt fristgerecht eingegangen und werden derzeit geprüft. Die Verwaltung geht mit Blick auf den Projektbeginn zum 01.01.2016 davon aus, dass in Kürze eine positive Bescheidung erfolgt.

Die Verwaltung wird im Rahmen der Projektträgerschaft (Dienststelle Diversity) mit der Gesamtprojektkoordination, der Steuerung und Vernetzung der fünf Teilprojekte sowie der inhaltlichen und administrativen Projektsteuerung beauftragt.

Auf dieser Basis stimmt der Rat mit o.a. Vorbehalt der Maßnahme zu und ermächtigt die Verwaltung (als Projektträger), vorbereitende Arbeiten zur Umsetzung des befristeten Projektes zu tätigen.

Der Rat beschließt zur Finanzierung des Antrages BONVENA zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen, bei Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen für die Haushaltsjahre 2016 bis 2018 von insgesamt 944.878,14 € (2016/2017/2018 je:314.959,38 €). Deckung erfolgt durch Mehrerträge in Höhe von 944.878,14 (314.959,38 € p.A.) in den Haushaltsjahren 2016 bis 2018 im gleichen Teilergebnisplan, bei Teilplanzeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen, sprich durch die Zuwendungen von EHAP und BMAS.

Der von der Stadt Köln zu erbringende Eigenanteil in Höhe von 170.775 € (2016/2017/2018 je: 56.925 €) erfolgt vor allem durch die Bereitstellung von vorhandenem vorrangig zu vermittelnden Personal.

Das Projekt ist auch während der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO NRW zulässig, da die Transferaufwendungen zu 100 % refinanziert sind und durch die Anrechnung ohnehin anfallender Personalaufwendungen der Haushalt nicht zusätzlich belastet wird.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für die Haushaltsjahre 2016, 2017 und 2018 (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die befristete Einrichtung von einer 0,75 Stelle in der Bewertung VGr. IV a/ III BAT bzw. A 12 ÜBesG NRW. Um die sofortige Besetzung der Stelle sicherzustellen, wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2016/2017 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Gruppe pro Köln zugestimmt.

### **Anmerkung:**

Bürgermeister Bartsch übernimmt die Leitung der Sitzung.

**10.7 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Sulamith Cheron, eingegangen bei der Wahlorganisation am 18.11.2015 3632/2015**

**Beschluss:**

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch der

Frau Sulamith Cheron, Köln, Einspruchsführerin,

bei der Wahlleiterin eingegangen am 18.11.2015, gegen die Gültigkeit der Wahl des Oberbürgermeisters/ der Oberbürgermeisterin in Köln am 18.10.2015 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist zulässig, aber unbegründet. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Katja Hartwig, eingegangen bei der Wahlleiterin am 18.11.2015 3891/2015**

**Beschluss:**

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch der

Frau Katja Hartwig, Köln, Einspruchsführerin,

bei der Wahlleiterin eingegangen am 18.11.2015, gegen die Gültigkeit der Wahl des Oberbürgermeisters/ der Oberbürgermeisterin in Köln am 18.10.2015, beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist zulässig, aber unbegründet. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Einspruch gem. §§ 39 i.V.m. 46 b Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Kaspar Stodden, eingegangen bei der Wahlorganisation am 30.11.2015  
3893/2015**

**Beschluss:**

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch des

Herrn Udo Kaspar Stodden, Köln, Einspruchsführer,

vom 30.11.2015, bei der Wahlorganisation am gleichen Tag per Fax eingegangen, gegen die Gültigkeit der Wahl des Oberbürgermeisters/ der Oberbürgermeisterin in Köln am 18.10.2015, beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig und unbegründet. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Feststellung der Gültigkeit der Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin in Köln am 18.10.2015 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46b Kommunalwahlgesetz  
3894/2015**

**Beschluss:**

1. Nach Zurückweisung der einzelnen Wahleinsprüche gegen die Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin am 18.10.2015 in Köln mit den Entscheidungen zu

Vorlagen-Nr.: 3632/2015

Vorlagen-Nr.: 3891/2015

Vorlagen-Nr.: 3893/2015

wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46b Kommunalwahlgesetz NRW festgestellt, dass keiner der unter § 40 Absatz 1 Buchstabe a) - c) Kommunalwahlgesetz NRW genannten Fälle vorliegt.

2. Die Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin am 18.10.2015 in Köln wird mit dem in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 28.10.2015, Nr. 325, festgestellten Wahlergebnis für gültig erklärt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.11 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln 3776/2015**

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt, der Bezirksregierung Köln für die Dauer von fünf Jahren das sog. Hufeisengrundstück in Köln-Marsdorf zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für die kurzfristigen Erstaufnahme von 1500 Flüchtlingen in der Verantwortung des Landes NRW zu überlassen (siehe Lageplan, Anlage 1).

Nach den derzeit laufenden Abstimmungen des Landes wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Beschleunigung der Verfahren auf dem Grundstück eine Nebenstelle einrichten.

2. Der Rat genehmigt den Entwurf des öffentlichen-rechtlichen Vertrages gemäß Anlage 2.
3. Die Stadt unterstützt das Land NRW bei den Aufgaben der EAE durch die Übernahme der Registrierung durch die Zentrale Ausländerbehörde Köln (ZAB Köln). Die ZAB Köln setzt dabei ggf. Fremdpersonal gegen Kostenerstattung mit ein.
4. Die Stadt wird ermächtigt, bei Bedarf auf diesem Grundstück der Erstaufnahmeeinrichtung eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzurichten.
5. Der Rat empfiehlt der Bezirksregierung Köln, die Tätigkeit von freiwilligen Helferinnen und Helfern in der vorgesehenen Kleiderkammer der EAE zu ermöglichen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

### **10.12 Änderung des § 61 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Bestellung der Schulleitung) hier: Auswirkungen auf die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln 3744/2015**

### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Köln ihr Vorschlagsrecht als Schulträger zur Besetzung von Schulleitungsstellen für die die Besetzungsverfahren ab 1. Januar 2016 initiiert werden nach § 61 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SchulG) n.F. nicht wahrnimmt.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 5. März 2012 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

### **10.13 Errichtung eines Bildungsgangs Berufsfachschule 2-jährig Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Betriebswirtschaft am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01) 4079/2015**

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Berufsfachschule, Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Betriebswirtschaft in Vollzeitform (2 Jahre)

gemäß § 22 Abs. 5 Nr. 2 SchulG und Anlage C der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2016 am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg, Brüggener Straße 1, 50969 Köln (BK 01).

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.14 Errichtung von Bildungsgängen: Fachoberschule Klasse 11 und Fachoberschule Klasse 12 S, Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 07) 4146/2015**

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung der Bildungsgänge

Fachoberschule Klasse 11 (FOS 11) und Fachoberschule Klasse 12S (FOS 12S), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung in Vollzeitform

gemäß § 22 Abs. 7 SchulG und Anlage C der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08. 2016 am Erich-Gutenberg-Berufskolleg, Modemannstraße 25, 51065 Köln (BK 07).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.15 Errichtung eines Bildungsgangs: Berufsfachschule Typ 1/2, Fachrichtung Gesundheit/Erziehung und Soziales, Berufsfeld Sozialwesen am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20)  
4148/2015**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Berufsfachschule Typ 1/2, Fachrichtung Gesundheit/Erziehung und Soziales, Berufsfeld Sozialwesen in Vollzeitform (1 Jahr)

gemäß § 22 Abs. 5 SchulG und Anlage B der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2016 am Berufskolleg Ehrenfeld, Weinsbergstraße 72, 50823 Köln (BK 20).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.16 Barrierefreies Wohnen  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0787/2015**

## **Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 28.01.2016:**

„Der Rat schließt sich dem Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW (siehe Anlage) mit folgenden Änderungen an:

Der Appell an die Landesregierung ist um die Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“ (3518/2015) zu ergänzen.

In Bezug auf die Bauordnung:

Die Vorschriften zur **Aufzugspflicht** sollen überarbeitet werden: Aktuell müssen nur in Gebäuden mit mehr als fünf Geschossen Aufzüge eingebaut werden. Angesichts des großen Mangels an barrierefreien Wohnungen soll diese Pflicht auf alle Gebäude mit mehr als drei oberirdischen Geschossen ausgeweitet werden.

Der **Anteil der barrierefrei erreichbaren Wohnungen** eines Gebäudes soll erhöht werden. Die Landesbauordnung schreibt fest, dass in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Erforderlich ist, diesen Pflichtanteil zu erhöhen. Zusätzlich zu den bestehenden Anforderungen soll daher gefordert werden, dass in Gebäuden mit mehr als drei oberirdischen Geschossen alle Wohnungen barrierefrei, aber nicht uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein müssen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2016 4147/2015**

### **Beschluss:**

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2016 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 18,0 Mio. Euro festgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.18 Koelnmesse GmbH hier: Gründung einer Tochtergesellschaft in Italien 0037/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt der 50%-igen Beteiligung der Koelnmesse GmbH an einer in Italien neu zu gründenden Gesellschaft in der Rechtsform einer **Società a responsabilità limitata (S.r.l.)** zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

### **10.19 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gesellschafterdarlehen 0161/2016**

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt der Überführung der beiden in 2015 den Kliniken der Stadt Köln gGmbH zur vorübergehenden Überbrückung des aus der Umstellung des medizinischen Dokumentations- und Abrechnungssystems resultierenden Liquiditätsengpasses gewährten Gesellschafterdarlehens in Höhe von insgesamt max. 50,0 Mio. € in ein variables Darlehen zur Finanzierung der von der Stadt Köln mit Ratsbeschluss vom 15.12.2015 (Session-Nr.3677/2015) betrauten Leistungen gemäß § 2 des Betrauungsaktes (DAWI-Leistungen) zu.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, einen entsprechend Darlehensvertrag mit dem Unternehmen abzuschließen. Hierbei ist die Laufzeit für dieses Darlehen an die Laufzeit der Betrauung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (10 Jahre) anzupassen, d.h. bis zum 30.12.2026. Für das Gesellschafterdarlehen sind zudem die gleichen Konditionen, wie sie aktuell für fristengleiche Fremdkapitaldarlehen für die Stadt Köln gelten, anzusetzen.
3. Der Rat ermächtigt zudem die Verwaltung, in den Darlehensvertrag eine Nachrangvereinbarung gem. § 39 Abs. 2 Insolvenzordnung aufzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**



Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

**10.20 Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit Sanierung der Bühnen Köln  
0265/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

**10.21 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval 2016  
0357/2016**

**Beschluss:**

1. Der Rat nimmt das Sicherheitskonzept zur Kenntnis.
2. Der Bedarf i. H. v. 479.000,00 € wird anerkannt und die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**

**11.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal  
hier: Erweiterter Feststellungsbeschluss des Feststellungsbeschlusses vom 10.09.2015  
4054/2015**

**Beschluss:**

Der Rat

1. beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zur 202. Änderung des Flächennutzungsplanes–Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal– eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

- stellt die 202. Änderung des Flächennutzungsplanes mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

## **12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

### **12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 714154/02 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: Erschließung Gewerbegebiet Westhoven in Köln-Porz-Westhoven 3223/2015**

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt,

- über die zum Bebauungsplan-Entwurf 714154/02 für das Gebiet südlich der Stadtbahntrasse von Köln nach Porz der Linie 7, im Bereich der ehemaligen Kaserne Brasseur, betreffend eine neue Erschließungsstraße von Nordwesten für das ehemalige Firmengelände der Firma PSA/Citroën in Köln-Porz-Westhoven – Arbeitstitel: Erschließung Gewerbegebiet Westhoven in Köln-Porz-Westhoven— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
- den Bebauungsplan 714154/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal  
3260/2015**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-  
enplänen**

**13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 537  
- Satzungsbeschluss -  
Arbeitstitel: Grevenbroicher Straße in Köln-Ehrenfeld  
3923/2015**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 537 für das Gebiet zwischen der Nordseite des Kreuzungsbereiches Venloer Straße, der Ostseite der Grevenbroicher Straße, der Südseite des Kreuzungsbereiches Andreas-Muhr-Straße und der Westseite der Grevenbroicher Straße in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Grevenbroicher Straße in Köln-Ehrenfeld— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

**15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

**15.1 Stadtentwicklungskonzept Logistik - Teil 1: Analyse, Trends, Handlungsempfehlungen**  
**hier: Beschluss der Leitlinien und Handlungsempfehlungen**  
**3348/2015**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde**  
**AN/0249/2016**

**Beschlüsse:**

**I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde:**

**Die Beschlussvorlage soll wie folgt ergänzt und geändert werden:**

Statt „ .. und beauftragt die Verwaltung ...“ soll der Beschlusstext lauten:

Die Leitlinien und Handlungsempfehlungen als Bestandteil des Teil 1 des StEK Logistik werden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Handlungsprogramms in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Logistikforums Kölns unter folgenden Maßgaben beauftragt:

- Die regionale Dimension und Ausrichtung zukünftiger Maßnahmen ist in den Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen,
- Handlungsempfehlungen sind in Hinsicht auf ihre Bedeutung und Wirksamkeit für Köln und die Region zu priorisieren sowie die Rahmenbedingungen für eine Entscheidung darzustellen.
- Die jüngeren Entwicklungen, wie z.B. die nun verstärkte Positionierung der HGK im Logistikmarkt, die Hafenprojekte in Düsseldorf-Reisholz sowie Lülldorf, die Perspektiven eines rechtsrheinischen KLV-Terminals, konkrete Vorhaben in der Citylogistik, sind zu berücksichtigen,
- Die Initiierung bzw. Unterstützung konkreter Einzelvorhaben bedürfen der rechtzeitigen Beratung und Beschlussfassung der Ratsgremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

**II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:**

Der Rat beschließt

- die **Leitlinien und Handlungsempfehlungen** des Stadtentwicklungskonzepts Logistik (StEK Logistik). Sie sind integraler Bestandteil von Teil 1 des StEK Logistik. Dieser ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

**Leitlinien:**

- L1: Die „Logistikregion Köln stärken“ ist als gemeinsame Aufgabe von Stadt, Region und Wirtschaft zu sehen
- L2: Logistische Prozesse weiter für Innovationen öffnen
- L3: Nutzung moderner Kommunikationstechnik zur Optimierung Der logistischen Prozesse
- L4: Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für die Heutigen und zukünftigen Mobilitätsanforderungen der Logistik in der Region

**Handlungsempfehlungen:**

- H1: Logistikforum erhalten und Kommunikation stärken
- H2: Regionale Abstimmung zur Flächen- und Verkehrswegeoptimierung sowie des gemeinsamen Auftritts ausbauen
- H3: Konzepte zur Vermeidung unnötiger Anliefervorgänge unterstützen
- H4: Negative Auswirkung von Liefervorgängen reduzieren
- H5: Kapazität der Bundes- und Landesinfrastruktur erhalten und Gezielt ausbauen
- H6: Erforderliche lokale Infrastruktur sicherstellen
- H7: Erhalt und Ausbau der Hafenanlagen
- H8: Kombinierten Verkehr stärken
- H9: Lkw-Führungskonzept stärken und konkretisieren
- H10: Betrieb der Infrastruktur optimieren

Die Leitlinien und Handlungsempfehlungen als Bestandteil des Teil 1 des StEK Logistik werden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Handlungsprogramms in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Logistikforums Kölns unter folgenden Maßgaben beauftragt:

- Die regionale Dimension und Ausrichtung zukünftiger Maßnahmen ist in den Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen,
- Handlungsempfehlungen sind in Hinsicht auf ihre Bedeutung und Wirksamkeit für Köln und die Region zu priorisieren sowie die Rahmenbedingungen für eine Entscheidung darzustellen.
- Die jüngeren Entwicklungen, wie z.B. die nun verstärkte Positionierung der HGK im Logistikmarkt, die Hafenprojekte in Düsseldorf-Reisholz sowie Lülshafen, die Perspektiven eines rechtsrheinischen KLV-Terminals, konkrete Vorhaben in der Citylogistik, sind zu berücksichtigen,
- Die Initiierung bzw. Unterstützung konkreter Einzelvorhaben bedürfen der rechtzeitigen Beratung und Beschlussfassung der Ratsgremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

## **16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

### **16.1 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3174/2015**

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt den Erlass der 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **17 Wahlen**

### **17.1 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln 3379/2015**

#### **Beschluss:**

Der Rat bestellt gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV NRW S. 220) in der derzeit gültigen Fassung für die am 01.04.2016 beginnende 15. Amtsperiode des Umlegungsausschusses der Stadt Köln nachstehend aufgeführte, nicht dem Rat angehörende Mitglieder:

1. a) Herrn Franz Muschkiet zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln  
b) Frau Michaele Drescher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
2. a) Herrn Heinrich Roggendorf als Sachverständigen für die Ermittlung von Grundstückswerten des Umlegungsausschusses der Stadt Köln  
b) Herrn Jürgen Späker als dessen Stellvertreter
3. a) Herrn Thomas Merten als zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied  
b) Herrn Peter Dübbert als dessen Stellvertreter

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.2 Benennung von Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW  
3820/2015**

**Hinweis:**

Hierzu liegt folgender gemeinsamer Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion vor.

Monika Schultes  
Christian Joisten  
Dr. Ralph Elster  
Margret Dresler-Graf  
Marion Heuser  
Firat Yurtsever  
Jörg Detjen  
Ulrich Breite

**Der Beschluss lautet demnach:**

Der Rat benennt für die Dauer der Wahlperiode folgende 8 Abgeordnete mit Stimmrecht für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW:

1. Monika Schultes
2. Christian Joisten
3. Dr. Ralph Elster
4. Margret Dresler-Graf
5. Marion Heuser
6. Firat Yurtsever
7. Jörg Detjen
8. Ulrich Breite

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.3 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)  
hier: Wahl eines Mitglieds in die Ausschüsse mit beratender Stimme  
AN/0060/2016**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Herrn Andreas Henseler, als Vertreter der Stadt Köln, Herrn Walter Wortmann in nachstehende Ausschüsse des Rates der Stadt Köln mit beratender Stimme zu entsenden:

Finanzausschuss; Ausschuss Kunst & Kultur; Stadtentwicklungsausschuss.

Damit verbunden ist die Entsendung in beratender Funktion in die zugeordneten Betriebsausschüsse:

Bühnen der Stadt Köln; Gürzenich-Orchester; Wallraf-Richartz-Museum / Fondation Corbaud; Veranstaltungszentrum

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **17.4 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) hier: Wahl in die Zweckverbandsversammlung Nahverkehr Rheinland GmbH - NVR AN/0061/2016**

Diese Angelegenheit wurde vom Antragsteller zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III - Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

#### **17.5 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) hier: Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn AN/0062/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Herrn Andreas Henseler, als Vertreter der Stadt Köln, Herrn Walter Wortmann in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn zu entsenden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **17.6 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates 3874/2015**



**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, Frau Felicitas Vorpahl-Allweins als sachkundige Einwohnerin und Frau Hedwig Krüger-Israel als deren Stellvertreterin im Verhinderungsfall für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.7 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss  
3909/2015****Beschluss:**

Der Rat wählt als beratendes Mitglied des AAK e.V.

Frau Cornelia Schmerbach als Hauptmitglied

und

Frau Claudia Steinberg als ihre persönliche Vertreterin

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Herr Konrad Gilges verliert damit seine Position im Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.8 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Entsendung  
eines Mitglieds in den Aufsichtsrat  
0014/2016****Beschluss:**

Der Rat empfiehlt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH Herrn Franz-Josef Höing als Vertreter der Oberbürgermeisterin gem. §113 Abs. 2 GO NW in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) zu entsenden. Die Entsendung erfolgt an Stelle von Frau Ute Berg.

Die Entsendung / Empfehlung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der / dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.9 Antrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Entsendung eines Mitglieds in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)"  
AN/0059/2016**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Herrn Andreas Henseler, als Vertreter der Stadt Köln Herrn Walter Wortmann in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.10 RehaNova Köln neurologische Rehabilitationskliniken gGmbH: Besetzung des Aufsichtsrats  
0111/2016**

**Beschluss:**

**Hinweis:**

Hierzu liegt folgender gemeinsamer Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

- Michael Paetzold
- Ursula Gärtner
- Joachim Heinlein

**Der Beschluss lautet demnach:**

Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH:

- 1) Frau Johanna Preßmar-Cuber  
(die Oberbürgermeisterin bzw. eine von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)
- 2) Michael Paetzold
- 3) Ursula Gärtner
- 4) Joachim Heinlein

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **17.11 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds 0177/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG vor, anstelle von Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen

Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen.

Der Rat beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue

Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.12 Denkmalschutz und Denkmalpflege  
Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur  
0255/2016**

**Beschluss:**

Der Rat beruft Herrn Gunnar Mertens als für die Denkmalpflege sachverständigen Bürger mit beratender Stimme zur Beratung von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.13 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III  
0051/2016**

**Beschluss:**

**Hinweis:**

Hierzu liegt folgender gemeinsamer Wahlvorschlag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion vor.

Michael Paetzold  
Christoph Klausing

**Der Beschluss lautet demnach:**

Der Rat benennt als Nachfolger/innen der bisherigen Ausschussmitglieder als ordentliche Mitglieder für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit in Köln:

1. für die Verwaltung: Die/den Beigeordnete/n für Soziales, Integration und Umwelt
2. für den Rat 2 Ratsmitglieder
  - Michael Paetzold
  - Christoph Klausing

für die am 01.07.2016 beginnende 13. Amtszeit des Ausschusses, längstens jedoch für die laufende Amtszeit des Rates bzw. der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln bzw. zur Stadtverwaltung Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**17.14 Flughafen Köln/Bonn GmbH**  
**hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes**  
**0288/2016**

**Beschluss:**

Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vor, als Nachfolgerin von Herrn Jürgen Roters

**Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker**

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen. Er beauftragt den städt. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung der FKB aufgrund der Vorschläge des Rates der Stadt Köln neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **17.15 Antrag der AfD-Fraktion**

**hier: Umbesetzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales  
AN/0226/2016**

Bürgermeister Bartsch weist darauf hin, dass in dieser Angelegenheit ein rechtliches Problem vorliege, das es erforderlich mache, einen solchen Beschluss zu beanstanden (zu den Einzelheiten siehe hierzu das zugehörige Wortprotokoll der Sitzung). Bürgermeister Bartsch schlägt aus diesem Grunde gemäß § 18 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **Anmerkung:**

Oberbürgermeisterin Reker übernimmt im Anschluss wieder die Leitung der Sitzung.

### **18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **18.1 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B 0004/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 11.01.2016:

Der Hauptausschuss entsendet in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B:

Herrn Franz Josef Höing

.....  
(Gem. §113 Abs 2 GO NW die Oberbürgermeisterin bzw. einen von ihr vorgeschlagene(n)  
Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Mit der Entsendung von Herrn Franz-Josef Höing endet die Entsendung von Herrn Michael Zimmermann in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder

Organ.

Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der / dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **18.2 Stellungnahme der Stadt Köln zum zweiten Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) vom 22.09.2015 0035/2016**

#### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat beschließt die Stellungnahme der Stadt Köln zum Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW in der Fassung vom 22.09.2015 (zweites Beteiligungsverfahren) in der dieser DE beigefügten Fassung und beauftragt die Verwaltung, diese fristgerecht zum 15.01.2016 bei der Landesplanungsbehörde einzureichen.

Köln, den 15.01.2016

gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

gez. Jörg Frank  
Ratsmitglied

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

#### **18.3 RheinEnergie AG hier: Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates 0104/2016**

## **Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 18.01.2016:

Gemäß § 60 Abs. 1, Satz 1 GO NRW schlägt der Hauptausschuss der Hauptversammlung (HV) der RheinEnergie AG vor, an Stelle von Herrn Jürgen Roters

### **Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker**

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat zu wählen.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **18.4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung 0251/2016**

### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO NRW beschließen wir, den Höchstbetrag für Liquiditätskredite, der in § 5 der Haushaltssatzung 2015 festgelegt wurde, von 950.000.000,00 € auf 1.400.000.000,00 € zu erhöhen.

Köln, den 29.01.2016

gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

gez. Jörg Frank  
Ratsmitglied



**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

**19** -

gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

gez. Petra Kramp  
Schriftführerin

gez. Hans-Werner Bartsch  
Bürgermeister  
TOP 10.7 bis TOP 17.15